Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 361 Dienstag, 2. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 36 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Kassenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rückwirkungen der Wahl auf Preußen

Gerüchte um die Regierungsbildung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. August. Die Frage der Rückwirkung des Wahlergebnisses auf die Regierungsbildung im Reich und in Preußen ist nach wie vor in politischen Kreisen das Hauptthema. Auch die Erklärungen, die der Reichskanzler von Papen einem Vertreter der Associated Preß abgegeben hat, zeichnen ja nur die Grundlinien auf, nach der die Regierung zu verfahren gedenkt. Wichtig wird es in erster Linie nun sein, ob die Reichstagswahlen auch Rückwirkungen auf Preußen haben, ob nunmehr das preußische Zentrum zu begreifen beginnt, daß es keine andere Wahl hat, als sich einer nationalsozialistisch geführten Regierung in irgendeiner Form anzuschließen.

Die „Deutsche Zeitung" verbreitet heute das sensationelle Gerücht, es bestände die Möglichkeit, daß der Reichskanzler von Papen zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt werde, und daß er dann eine preußische Regierung bilden würde, die der Landtag wohl oder übel werde dulden müssen, wenn er nicht wolle, daß der Reichskanzler weiterhin kommissarisch in Preußen regiere.

Es brauche nicht besonders betont zu werden, daß die endgültige Regelung in Preußen und im Reich nur in engster Zusammenarbeit mit der nationalen Bewegung und unter Berücksichtigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen möglich sei. Welche Schritte die Nationalsozialisten noch heute oder spätestens in den nächsten Tagen unternehmen werden, ist noch nicht bekannt. In der Oeffentlichkeit verlautet nur so viel, daß unter dem Vorsitz Hitlers eine Tagung des engsten nationalsozialistischen Führerkreises stattgefunden hat, und daß man dabei zu wichtigen Entschlüssen gekommen sei.

Straßer, Goering und Frank seien beauftragt worden, sich nach Berlin zu begeben, um der Reichsregierung ihre Wünsche mitzuteilen.

Welcher Art diese Wünsche sind, ist noch nicht bekannt. Von einem Ultimatum an die Reichsregierung kann aber entgegen Meldungen aus Linkskreisen und ausländischen Blättern nicht die Rede sein.

Außerordentlich interessant sind die Nachrichten, die jetzt aus München kommen. In Kreisen der Bayrischen Volkspartei ist man trotz des relativ guten Abschneidens bei der Reichstagswahl sehr betrübt, daß die Nationalsozialisten jetzt die stärkste Partei Bayerns geworden sind. Sie haben die Bayrische Volkspartei um rund 20 000 Stimmen überflügelt. Damit ist aber auch das Problem der

Regierungsbildung in Bayern erneut in den Vordergrund gerückt,

und wenn nicht alles täuscht, beginnt man jetzt auch in Kreisen der Bayrischen Volkspartei die Dinge etwas nüchterner zu betrachten. Die Nationalsozialisten und die Bayrische Volkspartei würden jetzt zusammen im Bayrischen Landtag über eine reichliche Zweidrittelmehrheit verfügen, also imstande sein, jede Verfassungsänderung, auch die Frage der Staatsform, verfassungsmäßig gültig zu regeln. Der Führer der Bayrischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, der in der Konfliktszeit durch seine auffallenden Reden bekanntgeworden ist, hat jetzt zum Wahlergebnis Stellung genommen und dabei erklärt, daß das Wahlergebnis beweise, daß Hitler nicht zur Diktatur, aber zur Verantwortung und zum Sicheinordnen in den Dienst an Recht und Verfassung berufen sei. Die Bayrische Volkspartei erwartet, daß die Regierung das Votum des Volkes vollstrecke.

Im Hinblick auf die Verhältnisse im Bayrischen Landtag wird diese Stellungnahme der Bayrischen Volkspartei vielfach als grundsätzliche Bereitschaft zu einem Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus gedeutet.

Ob diese Deutung zutrifft, kann allerdings erst die Zukunft lehren.

Sehr betrübt ist im „Vorwärts" der frühere Reichstagspräsident Löbe, der sicherlich dieses hohe Amt nicht wieder bekleiden wird. Er nimmt zu dem Wahlergebnis Stellung und untersucht die parlamentarische Arbeitsmöglichkeit dieses neuen Reichstags, die ihm sehr zweifelhaft erscheint. Löbe nimmt an, daß die jetzige Form der von den Parteien unabhängigen Präsidialregierung sich weiter durchsetzen wird. Für die Ideenarmut der Sozialdemokraten spricht die weitere Ausführung Löbes, die sich mit der parlamentarischen Taktik der Sozialdemokratie im zukünftigen Reichstag befaßt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben danach die Absicht, die Nationalsozialisten durch Vorlegung von antikapitalistischen Anträgen und staatssozialistischen Plänen „in Verlegenheit zu setzen". Es ist aber anzunehmen, daß der neue Reichstag nicht sehr viel Zeit für derlei parteipolitische Experimente zur Verfügung haben wird. Die Aufgabe dieses Reichstags ist die Herausarbeitung staatspolitischer Grundsätze und nicht kleine parlamentarisch-taktische Manöver zum höheren Wohle der marxistischen Parteien.

v. Schleichers Dienstreise

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. August. Reichswehrminister General von Schleicher verläßt heute Berlin zu einer Dienstreise, die ihn bekanntlich zunächst nach Dresden führen wird. General v. Schleicher will eine Besichtigung der Infanterieschule vornehmen. Der Reichskanzler reist heute nachmittag ab und wird Anfang nächster Woche in Berlin zurückerwartet. Aus der Abreise Schleichers geht hervor, daß die verschiedentlich in Umlauf gesetzten Pressemeldungen, eine nationalsozialistische Abordnung befände sich auf dem Wege nach Berlin, um ihm die Forderungen der NSDAP. vorzutragen, unzutreffend sind. Im Reichswehrministerium liegt auch keinerlei nationalsozialistische Ankündigung dieser Art vor, und man hat sie auch nicht angemeldet.

Zur Verfassungsfeier, zu der auch der Reichspräsident in Berlin erwartet wird, wird Reichsinnenminister v. Gayl die Hauptrede halten. Der Reichsinnenminister dürfte dabei insbesondere das Problem der Verfassungsreform erläutern. Auch eine Ansprache des Reichskanzlers ist vorgesehen. Die preußische Regierung veranstaltet zusammen mit der Stadt Berlin eine schlichte Verfassungsfeier in der Krolloper. Irgendwelche Geldausgaben für diese Verfassungsfeiern sind, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten früherer Regierungen, wo immer Riesenbeträge ausgeworfen wurden, nicht vorgesehen.

Frick lehnt Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ab

Berlin, 2. August. Die Kommunisten hatten vor einiger Zeit die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags zur Besprechung des Lausanner Abkommens und anderer Fragen beantragt. Da Sozialdemokraten und Zentrum sich der kommunistischen Forderung anschlossen, war an sich eine Mehrheit für die Ausschußeinberufung vorhanden. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Abg. Dr. Frick (Natsoz.), hat jedoch in einem vom Sonnabend datierten Schreiben der kommunistischen Fraktion mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Reichstagsneuwahl, die eine vollkommen veränderte Zusammensetzung des Reichstags und seiner Ausschüsse zur Folge habe, die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ablehne. Der Auswärtige Ausschuß des alten Reichstags besteht ebenso wie der Ueberwachungsausschuß bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags weiter und kann also auch nach der Reichstagsneuwahl noch Sitzungen abhalten. Die Kommunisten wollen sich deshalb mit der Entscheidung des Vorsitzenden nicht zufrieden geben und versuchen, trotzdem die Einberufung des Ausschusses noch durchzusetzen.

Polizeimajor Heinrich abgesetzt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. August. Die Säuberung des preußischen Polizeibeamtenkörpers macht weitere Fortschritte. So ist jetzt der berüchtigte Polizeimajor Heinrich, ein Schrecken aller nationalen Kreise, in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Heinrich war nicht nur organisierter Sozialdemokrat, in welcher Rolle er gelegentlich mit Reden hervortrat, die für einen höheren Polizeibeamten vollständig unmöglich hätten sein müssen, er war auch ein Polizeioffizier, der von Severing und Grzesinski immer dann eingesetzt wurde, wenn es galt, mit schärfsten und rigorosen Maßnahmen nationale Demonstrationen mit dem Gummiknüppel auseinanderzutreiben. Hierbei zeichnete sich Heinrich stets durch besondere Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus, so daß er neben Herrn Grzesinski und Weiß einer der bestgehaßtesten Männer seitens der nationalen Kreise war. Besonders verhaßt waren dem Polizeimajor Heinrich die deutschen Studenten. Er ließ keine Gelegenheit vorüber, um ihnen die Härte des sozialdemokratischen Polizeiterrors fühlenzulassen. Noch vor kurzem hat Polizeimajor Heinrich sich am Tage der Antiversailles-Demonstrationen der Deutschen Studentenschaft unrühmlich hervorgetan.

Wissell als Schlichter gekündigt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. August. Der Schlichter für Berlin-Brandenburg, der sozialdemokratische frühere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell, ist vom Reichsarbeitsminister Schäffer zum 1. September gekündigt worden. Wissell zeichnete sich dadurch aus, daß er seine Entscheidungen bei Tarifstreitigkeiten nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fällen pflegte, sondern nie vergaß, daß er als Sozialdemokrat stets den rein gewerkschaftlichen Standpunkt einzunehmen hat.

Volksrechtpartei bekommt ein Mandat

Stuttgart, 2. August. Die Reichspressestelle der Volksrechtpartei teilt mit: Nachdem der Christlich-soziale Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen-Nord und -Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Stimmen der Volksrechtpartei gewinnen konnte, fällt — entsprechend dem zwischen beiden Parteien abgeschlossenen Vertrag — ein Reichslistenmandat der Volksrechtpartei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volksrechtpartei, Oberschulrat Bauser, Stuttgart.

Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel †

Wien, 2. August. Der frühere österreichische Bundeskanzler, Prälat Dr. Ignaz Seipel, ist am Dienstagvormittag 7,30 Uhr im Sanatorium Waldfrieden im Wiener Wald seinem Leiden erlegen. — Dr. Seipel litt seit langem an einer schweren Zuckerkrankheit, zu der vor etwa eineinhalb Jahr nach einer Grippe ein Lungenspitzenkatarrh kam, der sich immer mehr ausbreitete. Auf Dr. Seipel war vor mehreren Jahren ein Anschlag verübt worden. Die Revolverkugel, die ihn damals traf, war in die Brust eingedrungen und konnte der Zuckerkrankheit wegen nicht entfernt werden. Diese drei Umstände wirkten zusammen und führten schließlich seinen Tod herbei.

*

Mit Dr. Ignaz Seipel steigt einer der führenden österreichischen Staatsmänner der Nachkriegszeit ins Grab. Als Führer der Christlichsozialen Partei übte er maßgebenden Einfluß selbst dann aus, wenn er nicht an der Spitze der Regierung stand. Bis in die letzte Zeit hinein bestimmte er hinter den Kulissen die politischen Wege weiter Regierungskreise, leider nicht im Geiste eines bedingungslosen deutschen Nationalbewußtseins, sondern allzu offen den französischen Wünschen und Einflüsterungen hinsichtlich der Errichtung eines katholischen Donaustaates; er war der Spiritus rector des französischen Kurses in Oesterreich, jener christlich-sozialen Richtung, die erst in diesen Tagen durch ihren Obmann Kunschak im Nationalrat ein so beschämendes Schauspiel der Entdeutschung gegeben hat, daß selbst ihre deutsche Schwesterpartei, das Zentrum, energisch von diesen Entgleisungen abgerückt ist. — Seipel hat sich von jeher in der Anschlußfrage große Zurückhaltung auferlegt und stand auch der deutschfreundlichen Aktion Schobers kühl gegenüber; er trug schließlich auch mehr oder minder aktiv zu seinem Sturz bei.

Ignaz Seipel wurde am 19. Juli 1876 in Wien geboren. Im Alter von 23 Jahren wurde er zum Priester geweiht und promovierte vier Jahre später zum Doktor der Theologie an der Wiener Universität. Kurz vor dem Umsturz, im Oktober 1918, trat er in das letzte kaiserlich-königliche Kabinett Lammasch ein. Er übernahm den Posten des Ministers für soziale Fürsorge. Im Februar 1919 wurde er in die Wiener Nationalversammlung gewählt. In der Nationalversammlung war er Vizepräsident der Sozialisierungskommission. Nach dem Rücktritt des Prälaten Hauser vom Posten des Obmanns der Christlich-sozialen Partei im Jahre 1921 wurde er dessen Nachfolger.

Im Mai 1922 wurde Ignaz Seipel zum ersten Male Bundeskanzler. Er entwickelte große außenpolitische Aktivität, unternahm zahlreiche Auslandsreisen und erreichte schließlich die Gewährung der Völkerbundsanleihe an Oesterreich. Mit Hilfe dieser Anleihe wurde die österreichische Währung stabilisiert. Oesterreich mußte dabei aber eine Reihe von Verpflichtungen eingehen, was sich im vorigen Jahr bei dem erbitterten Kampf Frankreichs gegen die geplante deutsch-österreichische Zollunion bitter gerächt hat. Und gerade in diesen Tagen erleben wir ja den heftigen Parteienstreit in Oesterreich um die neue Genfer Anleihe, deren Annahme ja mit der Verlängerung der entehrenden Bedingungen aus dem Genfer Protokoll von 1922 um weitere 20 Jahre verknüpft ist.

Am 7. November 1924, während eines Eisenbahnerstreiks, trat das Kabinett Seipel zurück. Nochmals mit der Regierungsbildung beauftragt, mußte Seipel am 18. November endlich die Waffen strecken. Als Obmann der Christlich-sozialen Partei blieb er aber nach wie vor der einflußreichste Mann Oesterreichs. Seine Schlüsselstellung im politischen Leben seines Landes ermöglichte ihm, jederzeit wieder Bundeskanzler zu werden. Man sah ihn in der Tat noch einige Male auf dem Kanzlerposten wieder. Das letzte Mal zu Beginn des Jahres 1929. In den folgenden Jahren kam es innerhalb der Christlich-sozialen Partei zu gewissen Unstimmigkeiten. Seipel war dabei der Wortführer des Flügels, der sich für die Zusammenarbeit mit der Heimwehrbewegung einsetzte. Ein in diesem Sinne durchgeführtes Experiment scheiterte, wodurch die Gestalt Seipels etwas in den Hintergrund rückte.

Selbstmord eines ehemaligen Ministerpräsidenten

Rostock, 2. August. Der frühere Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Schröder, hat heute vormittag in seiner Wohnung Selbstmord durch Erschießen begangen. Das Motiv der Tat soll Krankheit sein. Schröder leitete in den Jahren 1926 bis 1929 das sozialistische Kabinett Schröder—Asch—Möller. Er war 57 Jahre alt.

August 1932
der Beweis
gsfähigkeit
würdigkeit,
für Haus,
ochenend.
Gloria-Palast Lichtspiele Ab Dienstag Dita Parlo in Tropennächte mit Fritz Rasp Robert Thoeren
Opernhaus Geschlossen b. mit 30. Aug.
Schauspielhaus Geschlossen b. mit 30. Aug.
Die Komödie 1/4 9 Der Meisterboxer
Central-Theater 1/4 9 Allabendlich Varieté-Vorstellung
Residenztheater 8 Allabendlich Varieté-Vorstellung